

Von: Schlecht Michael Wahlkreis

Gesendet: Sonntag, 29. Juni 2014 12:24

An: 'patricia.herrmann@igmetall.de'

Betreff: Resolution des AK. - Senioren zur gesetzlichen Rente

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Resolution zur gesetzlichen Rente des AK.-Senioren der IG Metall Verwaltungsstelle Mannheim habe ich am 26.6. erhalten.

Die Aushöhlung der paritätischen Rentenversicherung durch Stärkung der Selbstvorsorge, wie z.B. durch die staatliche Bezuschussung der Riester-Rente, ist und bleibt ein Problem für viele jetzige und zukünftige Rentnerinnen und Rentner. Das andauernde Lohndumping in Verbindung mit der Absenkung des Rentenniveaus wird zu einer Altersarmut führen, deren Ausmaße kaum abgeschätzt werden können.

Auch die neue Rente ab 63 ist eine Mogelpackung. Schließlich kommt sie nur denen zugute, die zwischen Juli 1951 und Dezember 1952 geboren wurden. Danach wird die Altersgrenze schrittweise von 63 auf 65 angehoben und wer 45 Jahre Rentenbeiträge gezahlt hat, der kann auch heute schon abschlagsfrei in Rente gehen. Wer weiter arbeiten muss, sieht sich noch einem anderen Problem gegenüber: Nur 16% der 64-Jährigen ist überhaupt noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Angesichts dieser Zahl ist jede Ausweitung des Renteneintrittsalters nichts anderes als eine dreiste Rentenkürzung. Schließlich bedeutet dies für viele nur ein längeres Verharren in der Arbeitslosigkeit, bevor ein Renteneintritt möglich ist.

Deswegen unterstütze ich die Forderung des AK.-Senioren nach Abschaffung der Rente mit 67 Jahren. Zusätzlich muss es für besonders belastete Beschäftigte möglich sein, auch bereits mit 60 abschlagsfrei in Rente gehen zu können. DIE LINKE setzt sich für einen Ruhestand in Würde ein. Dazu gehört gute Arbeit und angemessene Bezahlung, denn aus guten Löhnen ergibt sich auch eine gute Rente. Zudem wollen wir auch das Rentenniveau wieder auf 53% anheben. Die paritätische Finanzierung ist unter allen Umständen beizubehalten. Angesichts der bereits erwähnten Welle von Altersarmut fordert DIE LINKE zudem eine steuerfinanzierte Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro im Monat. Nur so schaffen wir eine gesetzliche Rente, die fähig ist, den Lebensstandard zu sichern.

Für diese Ziele setze ich mich seit jeher als Bundestagsabgeordneter ein. Eure Resolution, liebe Kolleginnen und Kollegen, werde ich hierbei nach allen Kräften unterstützen.

Mit solidarischen Grüßen

Michael Schlecht

Wahlkreisbüro Michael Schlecht MdB

Wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

T6, 37

68161 Mannheim

Telefon: +49 621-4017-136

Fax: +49 621-4017-139

michael.schlecht@wk.bundestag.de

michael.schlecht@wk2.bundestag.de

www.michael-schlecht-mdb.de